

CDU - Haushaltsrede 2026

Sie werden heute eine etwas andere Haushaltrede von mir hören. Denn nach ein einhalb Jahrzehnten, in den wir unzählige Versuche gestartet hatten, genau das zu verhindern, was gerade eintritt, ist es Zeit neue Wege zu gehen. Wenn Worte allein nicht reichen, müssen Bilder her. Daher ist das mein Versuch die Wedeler Finanzkrise zu visualisieren.

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Verwaltungsmitarbeitende, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Damen und Herren.

Zur Einstimmung habe ich ein paar Zitate aus unseren vergangenen Haushaltsreden mitgebracht. Und dazu einen Haushaltsbegleitbeschluss aus dem Jahr 2015. Sie werden ihn kaum lesen können, es gibt ihn nur noch als eingescannte Datei, das Original habe ich nicht mehr gefunden. Fast alle, die damals mitgewirkt haben, sind heute nicht mehr in unserer Fraktion. Und dennoch, obwohl er so alt ist, ist der Inhalt immer noch aktuell; Teile davon finden Sie in unserem jetzigen Haushaltsbeschluss wieder. Nicht, weil wir davon abgeschrieben haben – wir wussten gar nicht mehr, dass es ihn gab, so lange ist das schon her.

Es war 2021, als wir das erste Mal hier saßen und ein fast zweistelliges Millionendefizit beschließen sollten. Damals war der Aufschrei groß: „Oh nein, oh Gott, wie kann das sein? Wir müssen etwas tun!“ Wir wissen mittlerweile: So viel getan wurde seither nicht. Jetzt, im Jahr 2026, haben wir einen Doppelhaushalt. Beide Jahre mit zweistelligem Defizit. Und die Reaktion? Ich möchte es mit „hanseatischer Zurückhaltung“ umschreiben. Aus menschlicher Sicht ist das kein Wunder: Wie Sie hinter mir sehen, setzt doch eine gewisse Gewöhnung ein.

Nur zwei der Haushalte seit 2018 waren positiv. Ansonsten waren die Haushalte teilweise hochgradig defizitär. Ich glaube, wir sind uns einig, dass das ein Riesenproblem ist. Aber mittlerweile ist das nicht mehr unser größtes Problem. Wir blicken auf eine Perspektive von 150 Millionen Euro Schulden im Jahr 2030. Eine der größten Pro-Kopf-Verschuldungen des Landes haben wir bereits jetzt. Höher als die von kreisfreien Städten wie Kiel, Lübeck oder Flensburg, die notorisch unterfinanziert sind.

Und was soll ich sagen? Auch das ist nicht mehr unser dringendstes Problem. Das dringendste Problem sind unsere Kassenkredite. 85 Millionen Euro braucht die Verwaltung, um diesen Laden am Laufen zu halten und um Maßnahmen zu finanzieren,

die wir machen müssen und die wir machen wollen. Kassenkredite, die eigentlich dazu gedacht sind, kurzfristige Liquiditätsschwankungen auszugleichen, werden in Wedel zu einem langfristigen Finanzierungsinstrument umgewandelt.

Aber warum ist das so? Warum braucht Wedel so viel mehr Geld, als es einnimmt? Dazu schauen wir einmal in den Finanzplan – nicht in den Ergebnisplan. Wir wollen die Zahlungsströme sehen; wir wollen Liquidität und Cashflow sehen, nicht irgendwelche Bilanzspielchen, sondern den echten Geldfluss in dieser Stadt.

Wer mit einem kommunalen Finanzplan nichts anfangen kann, dem sei gesagt: Es ist ganz einfach wie Ihr privates Haushaltsbuch zu Hause. Es kommt Geld rein – durch das Gehalt oder andere Einnahmequellen – und davon müssen Sie Ihre laufenden Ausgaben bedienen: Miete, Strom, Wasser, Telefon, Lebensmittel, Bekleidung etc. Am Ende des Monats ziehen Sie einen Strich darunter und schauen, ob Geld übriggeblieben ist. Hoffentlich bleibt etwas übrig, denn Sie müssen vielleicht noch Ihre Schulden tilgen. Oder in einen neuen Hauben Geschirrspüler investieren.

In der Kommune ist das nicht anders. Laufende Einnahmen aus Steuergeldern und anderen Quellen werden auf die Stadt verteilt. Damit werden die Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen bezahlt. Man zieht einen Strich darunter. Dann kommt der zweite Block dieses Finanzplans: alles zum Thema Investitionen und Finanzierungen. Wieder ein Strich darunter. Man fasst beide Zahlen zusammen und weiß am Ende des Jahres: Haben wir Geld übrig oder müssen wir Geld zuschießen? Ich glaube, es überrascht niemanden, wenn ich sage: Wir müssen Geld zuschießen. Und zwar so viel, dass am Ende des Jahres 2028 insgesamt 52 Millionen Euro fehlen werden. Diese Summe haben wir bereits ausgegeben, ohne sie zu haben, und finanzieren sie dementsprechend über Kassenkredite.

Warum ist das so? Schauen wir genauer hin. Den unteren Block, den Investitions- und Finanzierungsblock, klammern wir aus. Nur so viel: Es geht hier nicht um die diesjährigen Investitionen an sich, also z.B. nicht um die Badebucht, sondern um die Tilgung, die auch Teil dieses unteren Blockes sind. Wie jede Privatperson muss auch eine Stadt ihre Kredite tilgen. Wir werden in den nächsten Jahren 25 Millionen Euro tilgen müssen. Nur wovon, wenn nichts da ist? Richtig: über Kassenkredite. Um es klar zu sagen: Wir schulden von langfristigen in kurzfristige Kredite um. Nicht weil wir wollen, sondern weil wir müssen. Aber wie gesagt, lassen wir das Thema beiseite, nicht weil es kein Problem wäre, sondern weil ich auf ein noch größeres Problem hinauswill: Das Problem sitzt bereits oben im

Alltag. Ich sprach gerade davon: Der obere Teil ist die laufende Verwaltungstätigkeit. Alles, was die Kommune machen muss und möchte. Das funktioniert wie folgt: Es kommt Geld rein – Steuergelder, Schlüsselzuweisungen etc. – und die Stadt verteilt es auf ihre Aufgaben und die notwendigen Dinge wie Personal und Sachleistungen etc. Man zieht den Strich und erhält den Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit, der uns sagt, ob wir unseren Alltag finanziert bekommen oder nicht. Auch das wird nicht überraschen: Dieser Saldo ist defizitär. Ein normaler „Alltag“ kostet uns dieses Jahr rund 6 Millionen Euro mehr, als wir einnehmen. Und da reden wir, wie gesagt, noch von keinem einzigen Cent für Investitionen. Nur rein vom Alltag.

Als Anfang November der Haushalt veröffentlicht wurde, hatte ich die Gelegenheit, mit der Bürgermeisterin über die dazugehörige Beschlussvorlage zu diskutieren. Wir sprachen über die externen Faktoren, die dort benannt worden sind: Bund und Land übertragen immer mehr Aufgaben auf die Kommunen, ohne sie mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten. Das ist alles richtig. Doch die allgemeine kommunale Finanzkrise ist nicht gleichzusetzen mit der „Wedeler Finanzkrise“. Es gibt noch andere Gründe dafür, warum es bei uns so schief läuft.

Ich sagte damals: Ich gehe jede Wette ein, dass irgendwann kommen wird und uns das als Begründung liefert. Im Dezember war es im HFA (Haupt- und Finanzausschuss) so weit. Ich war jedoch schon vorher neugierig und hatte einen Vergleich der Kommunen in Schleswig-Holstein gestartet. Denn die kommunale Finanzkrise betrifft schließlich alle Kommunen. Ursprünglich wollte ich mich nur auf die Metropolregion beschränken, aber dort gibt es zu wenige Städte, mit denen wir uns sinnvoll vergleichen können. Mit kleinen Dörfern können wir uns nicht vergleichen, und umgekehrt können wir uns auch nicht mit kreisfreien Städten wie Lübeck, Kiel oder Flensburg messen, da diese anders finanziert werden und zusätzliche Aufgaben haben.

Aber dazwischen gibt es ein Feld – es gibt sogar eine eigene Statistik beim Statistikamt - mit Städten mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern. Mit denen können wir uns durchaus vergleichen: ähnliche Aufgaben und eine ähnliche Finanzierung. Und vor allem müssen auch sie aus ihren Einzahlungen die Auszahlungen bedienen können. Gesagt, getan: Ich habe mir die Haushaltsansätze dieser 14 Städte plus Wedel für 2026 angeschaut. Und ja, die kommunale Finanzkrise ist mit voller Wucht in den Kommunen eingeschlagen. Sie sehen es hinter mir: Nur drei der 15 Städte schaffen oder planen es in diesem Jahr, ihre Verwaltungstätigkeit auskömmlich zu finanzieren. Das ist ein großes Problem.

Aber ich war weiter neugierig. Denn eines ist klar: So eine Finanzkrise klopft nicht erst am 1. Januar 2026 an die Tür. Das hat sich über Jahre aufgebaut. Wie lange können die

Kommunen ihren laufenden Alltag schon nicht mehr finanzieren? Ich habe bis 2018

zurückgeblickt. Sie werden jetzt gleich ganz viele Zahlen sehen. Tun Sie sich einen Gefallen: Es gibt gleich noch eine bessere Übersicht, aber es ist nicht notwendig, jede einzelne Zahl zu erfassen. Ich habe eingangs gesagt: Ich möchte die Wedeler Finanzkrise visualisieren. Lehnen Sie sich zurück und lassen Sie das Bild auf sich wirken.

Die größte Stadt im Vergleich, Elmshorn, 51.000 Einwohner, acht Jahre: 112 Millionen Euro Plus erwirtschaftet. Okay, Elmshorn hat aufgrund seiner Größe natürlich mehr Potenzial. Gehen wir eine Nummer kleiner. Nur zur Erinnerung: Auch dort wird nur mit Wasser gekocht – ähnliche Aufgaben, ähnliche Finanzierung und Elmshorn muss seine Auszahlungen aus seinen Einzahlungen bedienen können. Nehmen wir eine Stadt mit 28.000 Einwohnern, Reinbek, 8 Jahre: 75 Millionen Euro Überschuss.

Warum ist eine grüne Zahl hier so wichtig? Ganz einfach: Mit diesem Geld können Sie schuldenfrei investieren oder zumindest schuldenfrei tilgen.

Sie können sich vorstellen, worauf dieser Vergleich hinausläuft. Spulen wir vor: Jede einzelne Kommune in diesem Vergleich hat es geschafft, ein zweistelliges Millionenplus aus dem laufenden Betrieb zu erwirtschaften. Sie sehen weiter rechts für 2024 und 2025, dass sich die kommunale Finanzkrise langsam auch dort in der Finanzierung des Alltags bemerkbar macht.

In diesen Städten ist auch nicht alles Gold, was glänzt. Auch die können seit Jahren ihre Investitionen nicht zu 100 % aus Eigenmitteln decken. Alle Kommunen haben Probleme in Schulen, Straßen etc. schuldenfrei zu investieren. Dafür reichen auch diese Salden nicht aus. Das ist also kein exklusives Wedeler Problem.

Was allerdings ein exklusives Wedeler Problem ist, sehen sie ganz unten: Dass wir nicht einmal unseren Alltag finanziert bekommen. Wedel schafft nicht einmal das. Seit 2018 ergibt die Summe der Salden der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Minus von 8 Millionen Euro. Während andere zweistellige Millionenbeträge erwirtschaftet haben, schaffen wir es nicht einmal auf eine Null. Hier seh hier die das nochmal kompakt untereinander gefasst.

Und damit kein falscher Eindruck entsteht: Wir hatten da gerade drei fette grüne Zahlen für Wedel gesehen. Zusammengenommen waren das etwa 24 Millionen Euro in den Jahren 2020, 2021 und 2022. Sie wissen, was 2020 und 2021 war: die Corona-Pandemie.

Wir waren gezwungen, weniger Geld auszugeben, weil einfach nichts möglich war. Das hat uns 2020 rund 6 Millionen und 2021 etwa 7 Millionen Euro „eingespart“ – zusammen 13 Millionen Euro. Und dann kam 2022, als einige Unternehmen offenbar so gute Jahre hatten, dass die Gewerbesteuereinnahmen 14 Millionen Euro höher waren als sonst. Das sind Einmaleffekte! Da hat niemand strukturell gespart. Geplant waren auch diese Jahre im Defizitbereich

Es muss sich in dieser Stadt einiges ändern. Aber ich höre schon: „Liebe CDU, wir haben doch ein Einnahmeproblem!“ Ja, haben wir das? Und wie gravierend ist es? Ich möchte Sie nicht noch weiter mit Zahlen erschlagen, aber einen Vergleich habe ich noch mitgebracht.

Wir hatten laut Statistikamt 2018 Steuereinnahmen von 1.200 Euro pro Einwohner – genau wie alle Städte durchschnittlich in diesem Vergleich der 20.000- bis 50.000-Einwohner-Städte. Wir waren damals gleichauf. Diese Schere ist jetzt auseinandergegangen. 2023 lag der Unterschied bei etwa 100 Euro/pro Kopf im Vergleich. 100 Euro klingen erst einmal nicht viel, aber hochgerechnet auf unsere Einwohnerzahl sind das fast 3,5 Millionen Euro pro Jahr. Das ist eine relevante Zahl. Also ja, wir haben ein Einnahmeproblem. Nicht umsonst haben wir unsere Anfrage zum Thema Einkommenssteuerverteilung gestellt. Dort haben wir schleichend über die letzten zwei Jahrzehnte Millionenbeträge verloren. Dem müssen wir auf den Grund gehen.

Auch bei der Gewerbesteuer haben wir Federn gelassen. Wir liegen 1,2,3 Millionen Euro unter dem Durchschnitt. Da werden wir uns im Zuge der Wirtschaftsförderung unterhalten müssen, wie wir besser werden können. Ich schaue da oft nach Elmshorn; die machen vieles richtig. Die haben eine „One-Stop-Agency“ – eine Wirtschaftsförderung, die den Unternehmer an die Hand nimmt und aktiv unterstützt.

Ja, wir haben ein Einnahmeproblem. Was das Gefühl aber so schlimm macht, sind die Vergleiche mit den Gewerbesteuereinnahmen aus den 2000er oder 2010er Jahren, als wir teilweise 30 Millionen Euro pro Jahr eingenommen haben. Jetzt liegen wir bei 18 oder 19 Millionen Euro. Das damals war Champions-League-Niveau, das war nicht normal. Das, was wir jetzt haben, ist eher der Normalzustand. Wie gesagt: Es fehlen vielleicht zwei oder drei Millionen, aber in der Summe erklärt es nicht allein unsere strukturellen Defizite. Es ist nur ein Teil des Problems.

Ich sagte es bereits: Es muss sich in dieser Stadt einiges ändern. Es muss sich in den Köpfen aller finanzpolitisch Verantwortlichen festsetzen, dass alles andere außer

defizitfreie Haushalte inakzeptabel ist. Es geht nicht mehr anders. Andere Kommunen haben noch Rücklagen, um Fehlbeträge auszugleichen. Das haben wir nicht mehr. Unsere Rücklagen sind aufgebraucht. Wir brauchen defizitfreie Haushalte.

Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir den zweiten Punkt in unserem Begleitbeschluss: Wir brauchen die Verwaltung. Wir als Kommunalpolitiker können niemals diese zweistelligen Millionendefizite im Alleingang konsolidieren. Das ist ausgeschlossen und eigentlich auch nicht unsere Aufgabe. Wir können niemals so tief in die einzelnen Produkte schauen. Daher fordern wir die Verwaltung auf, ein zweites Konsolidierungspaket aufzulegen oder das erste so zu gestalten, dass das Ziel defizitfreier Haushalt erreicht werden kann.

Der dritte Punkt sind die kostentragenden Einrichtungen. Ich weiß, das triggert einige, aber wir sind dort schlicht zu teuer. Wir können darüber streiten, *wie viel* teurer wir sind, aber dass wir zu den teuersten Kommunen des Landes gehören, ist Fakt. Eine Musikschule beispielsweise wird in vielen anderen Kommunen dezentral über einen eingetragenen Verein als Träger organisiert. Da bekommt ein Verein einen Zuschuss und organisiert alles selbst – oft in einem kleinen Gebäude mit Unterrichtsräumen, ansonsten dezentral über die Stadt verteilt. Das muss auch bei uns möglich sein. OK, in Elmshorn ist auch nicht alles so toll. Die sind damit gerade auf die Nase gefallen.

Der vierte Punkt ist der schlimmste: Personalkosten. Glauben Sie uns: Uns macht das Ganze keinen Spaß. Es ist kein Parteiprogramm und keine CDU-Leitlinie, dass man immer wieder sparen muss. Wir sind dazu gezwungen – und das schon seit Jahren. Wir stecken so tief in den roten Zahlen, dass wir nicht drum herumkommen auch hier zu Sparen. Allein die Aufgabenkritik wird dazu führen müssen, dass die eine oder andere Stelle reduziert wird. Damit wird niemand von heute auf morgen vor die Tür gesetzt; das wird durch Fluktuation und andere Maßnahmen geregelt. Aber so wie bisher geht es nicht weiter.

Der fünfte Punkt sollte eine Selbstverständlichkeit sein: In Zeiten, in denen man jeden zusätzlichen Euro über Kredite finanzieren muss, beschließt man keine weiteren Leistungserweiterungen. Wir wurden hier leider wieder eines Besseren belehrt. Wir schaffen weiter zusätzliche Leistungen – so wertvoll sie fachlich auch sein mögen –, während wir kein Geld haben. Es wurde wieder nur nach dem ideellen Wert entschieden, die Finanzen wurden von fast allen Beteiligten außen vorgelassen – dankenswerterweise hat die WSI einen Kompensationsvorschlag einforderte. Aber, um es deutlich zu machen: Auf der einen Seite zu sparen und das Geld auf der anderen Seite sofort wieder

auszugeben, hat nichts mit Konsolidierung zu tun. Das ist ein Nullsummenspiel, und wir bleiben bei einem Finanzmittelfehlbedarf von 52 Mio. €.

Ich komme zum Schluss. Zwei Bemerkungen und eine letzte Zahl noch.

Das Erste geht direkt an Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger: Ich habe viele Gespräche mit Ihnen geführt, auch über das Thema Finanzen. Dabei war oft ein Satz zu hören: „Sie sparen unsere Stadt kaputt.“ Ich sagte dazu jedes Mal freundlich: Nein. Wir sparen unsere Stadt nicht kaputt. Wir sparen uns auf ein Niveau, das wir uns leisten können. Wenn Sie sich die anderen Kommunen ansehen: In keiner anderen Stadt finden Sie ein so breites und tiefes Angebot an Leistungen wie in Wedel. Niemand kann sich das leisten. Dass merken Sie im Zweifel gar nicht, weil man oft nur eine bestimmte Leistung in Anspruch nimmt. Und wenn dann genau dort gespart wird, ist der Ärger verständlicherweise groß. Aber in der Summe aller Leistungen ist es zu viel. Es funktioniert nicht. Also nein: Wir sparen nicht kaputt, wir sparen auf ein Niveau, das wir uns leisten können.

Das Zweite geht an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir sind erfreut – wobei es bei diesem Thema schwerfällt, von Freude zu sprechen –, dass der Begleitbeschluss scheinbar eine Mehrheit gefunden hat. Für uns ist dieser Begleitbeschluss kein Lippenbekenntnis. Wir werden diesen Prozess aktiv begleiten.

Wir würden uns noch mehr freuen, wenn alle dabei mitmachen würden. Falls nicht, habe ich aber einen dringenden Appell an alle, die meinen, die Konsolidierung in ihrer strukturellen Form ablehnen zu müssen: Hören Sie auf, Klientelpolitik zu betreiben! Hören Sie auf zu versuchen, jedes einzelne Problem unserer Bürgerinnen und Bürger monetär über den Haushalt lösen zu wollen. Es funktioniert nicht. Sie haben es gesehen: Wir können uns diesen Alltag nicht leisten. Kommen Sie zu uns an den Konsolidierungstisch. Meinetwegen gründen wir einen ständig tagenden Konsolidierungsausschuss. Lassen Sie uns gemeinsam mit der Verwaltung nach Lösungen suchen, wie wir aus der Schuldenfalle herauskommen.

Denn: Eine letzte Zahl zum Abschluss, damit es keine Missverständnisse gibt: Ich sprach zu Beginn von 150 Millionen Euro Schulden. Und ich sprach von 85 Millionen Euro Kassenkrediten. Glauben Sie bitte nicht, dass diese 85 Millionen in den 150 Millionen bereits enthalten sind. Nein. Wir sprechen von einer Zukunft, in der Wedel eine Verschuldung von einer viertel Milliarde Euro hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank fürs zuhören.